

**Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt
vom 10.09.2019
„SUNRISE“**

Protokoll

Anwesend

vom Beirat	Partei		Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
Steffen Eilers	GRÜNE		Hellena Harttung (Ortsamtsleitung)
Sona Terlohr			Manuela Jagemann (Protokoll)
Irmgard Lindenthal			Armin Willkomm (Protokoll)
Harald Klussmeier			
Annika Port	LINKE		
Helmut Kersting			
Birgit Menz			
Christina Maria Müller			Gäste
Anke Kozlowski	SPD		Michael Glotz-Richter (Ref. Strategische Verkehrsplanung, SKUMS)
Janne Herzog			Susanne Findeisen (Ref. Strategische Verkehrsplanung, SKUMS)
Peter Kadach	CDU		Nils Weiland (Ref. Strategische Verkehrsplanung, SKUMS)
Klaus-Peter Jonitz			Markus Otten (BMO Verkehrsplaner)
Stefan Schafheitlin-Derstadt	LiV		
Aaron Teckemeier	Die PARTEI		
Jürgen Schultz	FDP		

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktueller Stand des Projekts SUNRISE
4. Fragen, Wünsche & Anregungen aus der Bevölkerung
5. Verschiedenes

Hellena Harttung begrüßt die Anwesenden Anwohner*innen, Gäste und Beiräte und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

genehmigt

TOP 2: Genehmigung des Protokolls

genehmigt

TOP 3: Aktueller Stand des Projekts SUNRISE

Frau Harttung begrüßt die Gäste und führt kurz in das Thema des Abends ein. Im Rahmen des SUNRISE-Projektes wurde eine eingehende verkehrliche Untersuchung von vier Quartieren rund um das Klinikum Bremen Mitte (KBM) und das geplante „Neue Hulsberg-Viertel“ (NHV) durchgeführt, um die Voraussetzungen für die Einführung von Bewohnerparken zu überprüfen. Die Analyse ergab, dass die Einführung von Bewohnerparken möglich ist. Um diese Möglichkeit soll es heute Abend gehen.

Frau Findeisen vom Referat „Strategische Verkehrsplanung“ der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) stellt das Projekt SUNRISE vor. Bei SUNRISE (Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe) handele es sich um ein EU-gefördertes Projekt zur Entwicklung nachhaltiger Mobilitätslösungen auf Quartiersebene. Bremen sei eine der beteiligten Partnerstädte und habe die Umgebung des KBM für die Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten ausgewählt. Hier herrsche bereits jetzt ein sehr hoher Parkdruck, der u. a. auch durch hohe Besucherverkehre ausgelöst werde und eine stark eingeschränkte Barrierefreiheit und Rettungssicherheit zur Folge habe. Es sei damit zu rechnen, dass sich diese Missstände mit den zunehmenden Patientenzahlen und dem steigenden Anteil ambulanter Behandlungen im Klinikum Bremen-Mitte sowie durch die Entwicklung des neuen Wohnviertels noch verschärfen werden. Im Rahmen des Projekts habe man in Bremen zunächst eine Bestandsaufnahme der Probleme im Straßenraum gemacht. Dafür wurden qualifizierte Daten erhoben (Parkraumuntersuchung) sowie Bürgerbefragungen durchgeführt. Weitere Bestandteile des Projekts, das von einem Projektbeirat begleitet wird, seien Fachexkursionen in andere Städte und Diskussionsveranstaltungen mit Bürger*innen gewesen, um die unterschiedlichen Ansprüche der verschiedenen Verkehrsteilnehmer an den Straßenraum voneinander abzugrenzen und Handlungsoptionen zu identifizieren. Folgende Maßnahmen werden für das „SUNRISE-Quartier“ vorgeschlagen:

- die Durchsetzung der Parkregeln durch verstärkte Überwachung und bauliche Maßnahmen (Poller, Beschilderung).
- Die Einführung von Bewohnerparken, einhergehend mit der Anordnung von legalen Stellplätzen und Parkraumüberwachung
- Einrichtung von zusätzlichen Car-Sharing-Stationen (Mobilpünktchen)
- Mehr Fahrradbügel im öffentlichen Raum
- Verleih von Lastenrädern
- Mehr Raum für Kinderspielflächen
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Straßen
- Erhöhung der Akzeptanz der o. a. Maßnahmen durch geeignete Kampagnen

Fragen aus dem Publikum

- Sollte der geplante Bereich für die Einführung von Bewohnerparken nicht wesentlich größer sein?

AW: Eine Bewohnerparkzone kann nur ein räumlich begrenztes Gebiet umfassen (max. 1000 m). Mit der Einführung von Bewohnerparken ist die Notwendigkeit der Überwachung verbunden. Mit dem vorhandenen Personal beim Ordnungsamt kann das rechtskonforme Parken zunächst nur in einer neuen Bewohnerparkzone überwacht werden.

- Warum wurde das „SUNRISE-Quartier“ in der vorliegenden Form definiert?

AW: Leider sei eine Betrachtung des gesamten Stadtteils mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und dem zeitlichen Rahmen des Projektes nicht möglich. Daher wurden lediglich Teilräume als Projektgebiet ausgewählt. Die Grenzen des Projektgebiets sind grundsätzlich fließend, wurden dann aber für die Parkraumunteruntersuchung klar definiert. Die Straßenzüge rund um das Klinikum Bremen Mitte (KBM) wurde ausgewählt, da hier durch die Neubebauung und den Klinikbetrieb mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet werde. Zur Vereinfachung der Kommunikation werde der Gesamtbereich „SUNRISE-Quartier“ genannt.

- Was wurde untersucht? Was waren die zentralen Aspekte? Wo gab es Probleme? Wie kommt die Priorisierung bei den Ergebnissen der Bürgerbeteiligungsprozesse zu Stande?

AW: Es wurden Straßengespräche an verschiedenen Orten des ausgewählten Bereichs zu verschiedenen Tageszeiten sowie eine Onlinebefragung durchgeführt. Dabei wurden rund 390 Beiträge von Bürgern gesammelt und ausgewertet. Die Priorisierung erfolgte durch das SUNRISE-Team, gemeinsam mit dem Projektbeirat. Die Bürger haben ganz unterschiedliche Ansprüche an den Straßenraum. Im Rahmen eines Abwägungsprozesses müssen auch Gruppen und deren Bedürfnisse berücksichtigt werden, die in der Umfrage und in der Bevölkerung zahlenmäßig unterrepräsentiert sind (Menschen mit Geh- oder Sehbehinderungen, Kinder etc.).

- Zur Umsetzung des Vorhabens sei eine konsequente Parkraumüberwachung notwendig. Hierfür würde es sowohl am politischen Willen, als auch an Personalressourcen fehlen. Wie soll das bewerkstelligt werden?

AW: Die Personaldecke beim Ordnungsamt sei diesbezüglich tatsächlich ein Problem. Es sei jedoch eine Verstärkung des Personals im Koalitionsvertrag vorgesehen und eine Personalstärke von zukünftig 100 Mitarbeitern für die Parkraumüberwachung angestrebt. Es habe diesbezüglich auch schon konstruktive Gespräche mit dem Innenressort gegeben, sodass man zuversichtlich sei, eine angemessene Überwachung für den Projektraum sicherzustellen.

- Die Umsetzung des Bewohnerparkens sei nach Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) in der Vergangenheit immer daran gescheitert, dass in den überparkten Ortsteilen des Viertels nicht genügend legale Stellplätze für die Anwohner*innen zur Verfügung stünden. Stelle sich das in diesem Fall denn anders dar?

AW: Die Frage wird zurückgestellt, da sie durch die nachfolgende Präsentation beantwortet werden wird.

Herr Otten von der Planungswerkstatt BMO stellt die Parkraumuntersuchung vor, die die Datengrundlage für die Einführung von Bewohnerparken schafft sowie das Car-Sharing-Potenzial ermittelt. Im Rahmen der Studie wurde an vier aufeinanderfolgenden Tagen und 12 Zeitschnitten untersucht, wie und wo im „SUNRISE-Quartier“ geparkt wird. Dabei wurde die Anzahl der legalen Stellplätze im öffentlichen Raum ermittelt und das praktizierte Parkverhalten (inklusive dem illegalen Parken wie z.B. dem „aufgesetzten“ Parken auf Gehwegen) erfasst, um den Grad der „Überparkung“

zu ermitteln. Darüber hinaus wurden private Stellplätze, die Parkdauer und Wechselbewegungen von Fahrzeugen erfasst. Daten vom Kraftfahrtbundesamt über die im Quartier gemeldeten Kfz wurden zusätzlich ausgewertet.

Die Parkraumuntersuchung wurde für das gesamte SUNRISE-Quartier durchgeführt. Im gesamten SUNRISE-Quartier kommen auf rund 3300 zugelassene Kraftfahrzeuge (ohne Nutzfahrzeuge) 2228 legale Stellplätze im öffentlichen Raum und 1184 private Stellplätze (z. B. Garagen, Hinterhöfe u. ä.). Es wurde festgestellt, dass 1999 Pkw regelkonform und 502 nicht regelkonform abgestellt waren. Rund 15 % der Fahrzeuge wurden über den gesamten Untersuchungszeitraum von vier Tagen nicht bewegt („Dauerparker“). 409 Pkw (18%) haben nicht-bremische Kennzeichen. Bei der Sichtung der Nebenanlagen fand man eine Vielzahl von abgestellten Fahrrädern und Mülltonnen vor, die den Fußverkehr zusätzlich stark einschränken.

Das Fazit der Untersuchung ergab Handlungsbedarf im Hinblick auf die Identifizierung und Ahndung von regelwidrigem Parken (aufgesetztes Parken, Parken in Kreuzungsbereichen etc.), um Rettungssicherheit zu gewährleisten und Gehwege für den Fußverkehr freizuhalten. Dieses Ziel sei nur mit konsequenter und verstärkter Parkraumüberwachung zu erreichen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Bewohnerparken im SUNRISE-Quartier seien erfüllt. Die Einführung von Bewohnerparken reduziert die Nachfrage nach Parkraum im Quartier, da das Parken für externe Parker weniger attraktiv ist. Gleichzeitig können weniger Fahrzeuge im Quartier im öffentlichen Raum abgestellt werden - nur auf legalen Stellplätzen kann geparkt werden. Die Untersuchung zeigt für das SUNRISE-Teilgebiet „Westlich vom KBM“, dass bei der Einführung von Bewohnerparken das Stellplatzangebot den Bedarf knapp decken kann. Zu beachten ist, dass kein Nachweis erforderlich ist, dass die Anzahl der legalen Stellplätze im öffentlichen Raum für alle Fahrzeuge der parkberechtigten Anwohner ausreichend sein müssen.

Hinweis: Die auf der Beiratssitzung präsentierten Daten stehen auf <https://sunrise-bremen.de/#veranstaltungen> zum Download bereit.

Herr Weiland, Referatsleiter „Strategische Verkehrsplanung“ der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, erläutert die Haltung der Politik und der damit befassten Ressorts zum Bewohnerparken. Es gebe den erklärten politischen Willen, das Konzept Bewohnerparken verstärkt in Wohnquartieren umzusetzen. Im neuen Koalitionsvertrag werde an mehreren Stellen darauf Bezug genommen und man sei gewillt, die für das Bewohnerparken unerlässliche Parkraumüberwachung personell um ca. 70 Stellen (auf 100 Stellen) aufzustocken. In diesem Kontext gelte es, nicht zulässiges, aufgesetztes Parken zukünftig verstärkt zu ahnden und dieses mit Begleitmaßnahmen wie Car-Sharing, Öffentlichkeitsarbeit sowie ggf. Quartiersgaragen zu flankieren.

Fragen:

- Ist mit Ausweichparken zu rechnen?

AW: Eine Verlagerung des Parkdrucks in Nachbarstraßen ist nicht auszuschließen und kann zukünftig die Einrichtung von weiteren Bewohnerparken-Gebietes begründen. Durch die Untersuchung der angrenzenden Straßenzüge vor und nach der Einführung des Bewohnerparkens sollen mögliche Verlagerungseffekte ermittelt werden.

- Der politische Wille für Veränderungen wird angezweifelt. Sei denn ernsthaft mit einer konsequenten Umsetzung zu rechnen?

AW: Der „Wind“ habe sich in Bremen diesbezüglich „gedreht“. Die Stärkung der Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Eindämmung des illegalen Parkens (u.a. auf Gehwegen) sei einer der Schwerpunkte im Koalitionsvertrag und würde mit Sicherheit Eingang in die Haushaltsgespräche finden.

- Die Studie sei in sich nicht schlüssig, es gebe eine Vermischung von Datenaufnahme und Interpretation.

AW: Die Methodik der Studie gehe davon aus, dass der Stellplatzbedarf des NHV nach innen sichergestellt werde.

- Es sei überraschend, dass es so viele private Stellplätze gebe. Gibt es hierzu eine genaue Aufstellung?

AW: Die privaten Stellplätze wurden im Rahmen der Parkraumuntersuchung ermittelt. Dabei handele es sich ca. zur Hälfte um Einzelgaragen. Bei der anderen Hälfte seien Stellplätze in Garagenanlagen einkalkuliert. Hier gebe es noch Reserven, die erschlossen werden könnten.

- Es werden Fragen zum Mobilitätskonzept des Klinikums Bremen-Mitte (KBM) gestellt. Wurden die Beschäftigten und der Betriebsrat des KBM befragt? Das Klinikum wurde gebeten, sein Mobilitätskonzept vorzustellen, wann kann man damit rechnen?

AW: Der Betriebsrat wurde informiert und wird auf dem Laufenden gehalten. Seit 2011 würden die Fragen für die Mobilität im NHV und die Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes behandelt. Derzeit gebe es jedoch keine neuen Aktivitäten. Der Beirat fordere das Mobilitätskonzept weiterhin regelmäßig ein. Es sei auch im Interesse des Klinikums, hier ein gutes und funktionierendes Konzept zu entwickeln. Es sei gerade jetzt ein guter Moment, um die durch das Klinikum belasteten Quartiere zu schützen.

Herr Glotz-Richter wirft ein, dass Parken mit Kosten belegt werden müsse. Falschparken müsse ebenfalls teurer werden. Grundsätzlich gelte, dass kostenfreie Parkplätze nicht geeignet sind, den vorhandenen Parkdruck abzumildern.

- Wie funktioniert das Bewohnerparken konkret für die Anwohner*innen?

AW: Jeder Anwohner kann eine Berechtigung (Ausweis) für ein Fahrzeug beantragen und zudem kostengünstige Besucherkarten für seine privaten Gäste erwerben. Ein Anrecht auf einen Stellplatz gebe es nicht, sondern nur die Berechtigung zum Parken in der betreffenden Bewohnerparken-Zone.

- Warum wird der SUNRISE-Teilbereich „Sektor 1“ - (westlich des KBMs) als Pilotbereich für Bewohnerparken vorgeschlagen? Warum nicht die ganze Östliche Vorstadt?
AW: Eine Umsetzung für das gesamte Viertel sei mit den derzeitigen Kapazitäten sowohl des SUNRISE-Projektes als auch der Parkraumüberwachung nicht umsetzbar.
- Ist der Kostenbeitrag von 30,70 € / Jahr nicht viel zu niedrig?
AW: Das Bewohnerparken an sich müsse nach den gesetzlichen Vorgaben kostenfrei sein. In Bremen werden 30 € als Verwaltungsgebühr erhoben. Bundesrechtlich ist eine maximale Gebührengrenze von 30,70 € festgelegt.
- Wie werden die Anwohner*innen in dem Prozess beteiligt?
AW: Es gebe zunächst Ortsbegehungen am 28. und 29. September 2019 in den betroffenen Straßen. Wenn das Vorhaben Gestalt annehme, würde noch eine Beiratssitzung in Verbindung mit einer Anwohnerversammlung durchgeführt. Zudem gebe es ein Online-Angebot, damit Anwohnerinnen und Anwohner Rückmeldungen zum geplanten Bewohnerparken geben können.
- Wenn das Konzept „Autofreie Innenstadt“ umgesetzt werde - wie wolle man dann den Bereich zwischen der Innenstadt und dem „SUNRISE-Quartier“ vor den voraussichtlich entstehenden Suchverkehren schützen? Könne man nicht dort beginnen und später in die Quartiere gehen?
AW: Das Konzept der autofreien Innenstadt ist für 2030 geplant. Für die en Anwohner*innen vor Ort müsse kurzfristig Entlastung geschaffen werden. Grundsätzlich sei es angedacht, dass sukzessive weitere Bewohnerparkzonen eingerichtet werden.
- Es wird kritisiert, dass die EU-Finanzierung nur für eine Umsetzung in Sektor 1 (= westlich vom Klinikum) ausreichen würde. Dies sei als Ergebnis zu wenig.
AW: Der Beirat entgegnet, dass diese Haltung nicht der Meinung der breiten Anwohnerschaft entspreche. Herr Glotz-Richter erläutere, dass das Projekt zwar klein sei, aber die Funktion eines „Eisbrechers“ erfülle. Zudem habe das Forschungsprojekt ja auch noch einen Zweck, über die Pilotumsetzung hinaus wichtige Erkenntnisse für Bremen und andere Städte zu liefern.
- Der öffentliche Nahverkehr sei ein Problem in fast allen urbanen Gebieten. Als Ergänzung wäre eine Seilbahn wie in München und Innsbruck denkbar. Diese sei emissionsarm und nachhaltig und könnte beispielsweise vom Hauptbahnhof zum KBM und von dort zum Weserstadion führen.
AW: Die Anregung wird vom Beirat zur Kenntnis genommen.
- Ist mitgedacht worden, dass kleine Läden erreichbar bleiben? Etwa durch Kurzzeitparken?
AW: Hierzu gäbe es die so genannte „Brötchentaste“ für kurze Parkzeiten.
- Wie schnell könnte das Projekt umgesetzt werden, ein positives Votum des Beirats vorausgesetzt?
AW: Bewohnerparken könnte bereits im kommenden Jahr umgesetzt werden.
- Können Spielmöglichkeiten für Kinder im Straßenraum geschaffen werden?

AW: Car-Sharing, zusätzliche Fahrradstellplätze sowie Möglichkeiten zum Kinderspiel könnten parallel umgesetzt werden – auch über den Sektor 1 (= westlich vom KBM) hinaus. Bei der Umsetzung von Bewohnerparken würden Straßenräume frei werden, die anders genutzt werden könnten.

- Gibt es Mechanismen, um sicherzustellen, dass privater Parkraum auch entsprechend genutzt wird?

AW: Anwohner mit eigenen Garagen oder Stellplätzen bekommen keine Bewohnerparkberichtigung, können aber ggf. vor ihrer Garage parken.

- Wenn die Quartiersgaragen noch Entwicklungspotential haben, gibt es schon Pläne dieses zu nutzen?

AW: Es gibt keine konkreten Pläne.

- Ab 2020 soll die Überwachung des ruhenden Verkehrs verstärkt werden. Könnte das nicht auch ohne Bewohnerparken schon umgesetzt werden, insbesondere in den angrenzenden Quartieren?

AW: Die Überwachung des ruhenden Verkehrs sollte parallel zum Bewohnerparken eingeführt werden. Dazu befindet man sich bereits im Gespräch mit der Innenbehörde.

- Was kann gegen die vielen falsch abgestellten Fahrräder unternommen werden?

AW: Es müssen zusätzliche Fahrradstellplätze geschaffen werden.

Frau Hartung schließt die Rednerliste und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Kadach wünscht für die Zukunft, dass die Beschlusssentwürfe vorher länger im Beirat diskutiert werden können.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen (siehe Anhang).

TOP 4: Fragen, Wünsche & Anregungen aus der Bevölkerung

keine

TOP 5: Verschiedenes

- Weitere Beiratskonstituierung – Besetzung der Fachausschüsse mit Sachkundigen Bürger*innen:
 - Fachausschuss Bauen, Wohnen & öffentlicher Raum
Die Partei: Ute Treptow
 - Fachausschuss Mobilität & Klima
Die Partei: Marco Manfredini
 - Fachausschuss Soziales, Integration & Kultur
Die Partei: Andreas Schmitz
 - Projektausschuss Pauliner Marsch

GRÜNE: Michael Wald

Die Besetzungsvorschläge werden einstimmig angenommen.

- Einspruch der Partei der PIRATEN gegen die Beiratswahl
Der Beiratssprecher Herrn Eilers erläutert den Sachstand. Im Ergebnis sei ggf. eine Neuwahl der Beiräte oder ein gerichtliches Verfahren möglich. Der Beirat sei derzeit damit befasst, zu dem Einspruch Stellung zu nehmen. Hierzu gebe es zwei Positionen, die im Beirat noch diskutiert würden. Es gebe noch kein abschließendes Ergebnis.

Sitzung beendet.

Vorsitz

Hellena Harttung

Sprecher Beirat ÖV

Steffen Eilers

Protokoll

Manuela Jagemann & Armin Willkomm

Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt

vom 10. September 2019

zum

Pilotprojekt Bewohnerparken für das Gebiet

Horner Straße – Vor dem Steintor – St. Jürgen-Straße – Bismarckstraße im Rahmen des SUNRISE^{1*}-Projektes

Die Umgebung des Klinikums Bremen Mitte ist verkehrlich stark belastet und die Bebauung des Neuen Hulsberg Viertels rückt näher. Klar ist, dass die verkehrliche Belastung der umliegenden Quartiere noch weiterwachsen wird.

Für den Bereich zwischen Horner Straße – Vor dem Steintor – St. Jürgen-Straße – Bismarckstraße ist dem Beirat vom Projekt SUNRISE eine detaillierte Parkraumuntersuchung vorgestellt worden. Die Untersuchung wie auch die Nutzergruppenanalyse zeigen in der Bilanz der PKW-Stellplätze eine Nachfragesituation auf. Die Kriterien für die Einführung des Bewohnerparkens sind damit erfüllt.

Bewohnerparken erscheint als ein geeigneter Schritt, um das Parken von Fremdarker*innen zu reduzieren. Zugleich gehen damit positive Effekte für die Barrierefreiheit und die Zugänglichkeit von Gehwegen und vor allem für die Rettungssicherheit etc. einher. Die Einführung des Bewohnerparkens als erstem Schritt in diesem genannten Abschnitt erscheint zweckmäßig und erforderlich – gerade auch aufgrund der Nähe zum Klinikum Bremen Mitte und zum Neuen Hulsberg Quartier, das in absehbarer Zeit bebaut werden wird.

Damit einhergehend muss eine verstärkte Verkehrsüberwachung durchgeführt werden. Der Beirat unterstützt mit Nachdruck, dass in dem genannten Bereich diese stärkere Überwachung stattfinden soll. Grundsätzlich hat der Beirat daran ein Interesse, in Zusammenarbeit mit SUNRISE diese Gegend als Pilotprojekt für das Bewohnerparken incl. entsprechender Überwachung auszuweisen.

Beschluss:

- Der Beirat beauftragt SUNRISE, eine konkretere Planung zum Bewohnerparken durchzuführen, einen sog. Betriebsplan zu erstellen, über den dann der Beirat beschließen wird.
- Hierfür werden in nächster Zeit durch SUNRISE in den einzelnen Straßen Begehungen mit den jeweiligen Anwohner*Innen zum Bewohnerparken durchgeführt.
- Der Beirat fordert schon jetzt, dass das Bewohnerparken nach diesem Pilotprojekt auch für die angrenzenden Gebiete eingeführt werden soll, um den zu erwartenden Verdrängungseffekten entgegenzuwirken.

Bremen, den 10. September 2019

Der Beirat Östliche Vorstadt

¹ *“Sustainable Urban Neighbourhoods – Research and Implementation Support in Europe”*